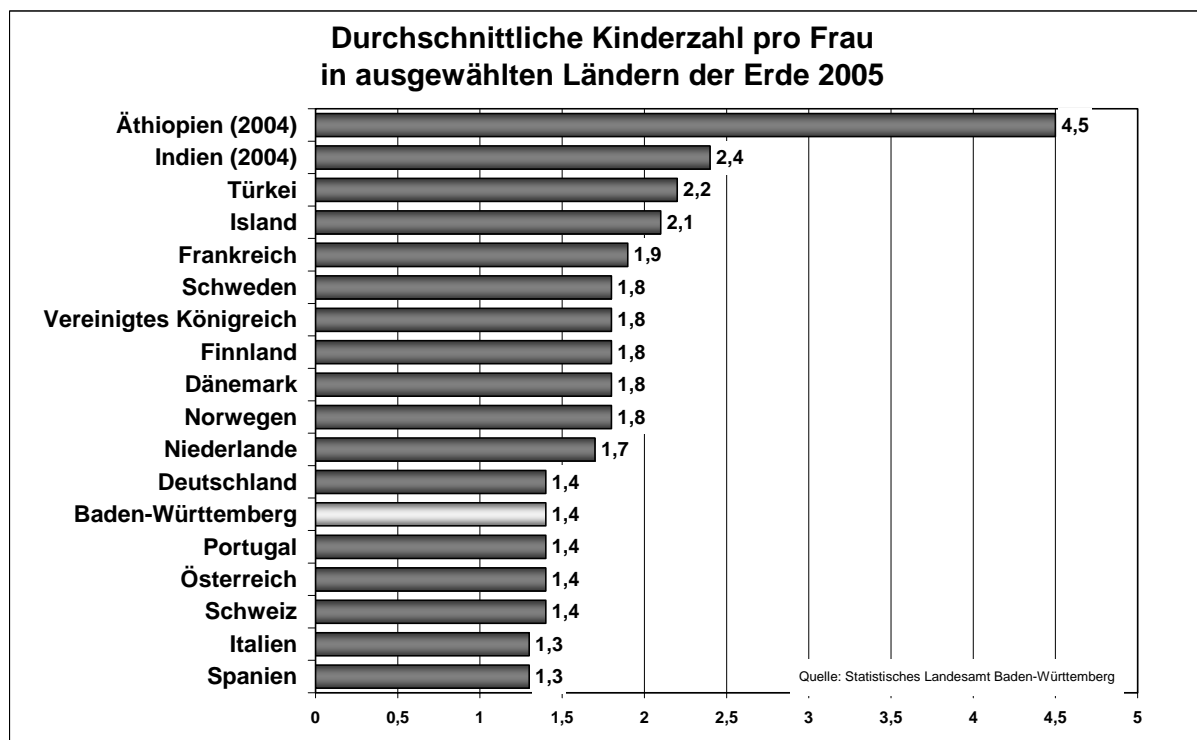


Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Bessere Rahmenbedingungen sind nötig

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg braucht qualifizierte Fachkräfte. Ein Fünftel der Beschäftigten im Südwesten verdient ihr Geld bereits in der Hoch- und Spitzentechnologie und der Bedarf der Wirtschaft an gut ausgebildeten Fachkräften wird weiter wachsen. Qualifizierte Fachkräfte werden jedoch immer knapper. Zum einen, weil die Zahl der jungen Menschen schrumpft. Zum anderen, weil viele gut ausgebildete Frauen und Männer sich wegen fehlender bedarfsgerechter Kinderbetreuung immer noch zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen. Der Baden-Württembergische Industrie und Handelskammertag fordert daher bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Vor allem dem Ausbau von flexiblen Kinderbetreuungsangeboten und dem Wahlrecht der Eltern kommt eine Schlüsselrolle zu.



WIE ES IST:

Die Mehrheit der Eltern will Kinder und Karriere

- Rund 70 Prozent aller nicht erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 12 Jahren wünschen sich einen Einstieg bzw. Wiedereinstieg ins Berufsleben (DIHK). Diese zum Teil sehr gut ausgebildeten Frauen stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung – ihr Potenzial bleibt ungenutzt. Außerdem würde eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen zu mehr Sozialversicherungsbeiträgen und Steuereinnahmen führen.

Gesellschaft altert ohne Nachwuchs

- In Baden-Württemberg bleiben 27 Prozent aller Akademikerinnen kinderlos (StaLa BaWü). Insgesamt liegt die Geburtenrate nur bei 1,4 Prozent. Ohne den relativ hohen Ausländeranteil in Baden-Württemberg wäre die Geburtenrate noch niedriger. Gleichzeitig werden die Menschen immer älter.

Falsche Rahmenbedingungen in BW

- Seit 2004 das Geld für die Kinderbetreuung in die Hände der Kommunen gelegt wurde, bieten die Kommunen Kinderbetreuung nur für Wohnortkinder an. Eltern, die Betreuung am Arbeitsort brauchen oder Arbeitgeber, die mit nahe gelegenen Kitas kooperieren wollen, kommen nicht zum Zug. Hier wurde die Subsidiarität übertrieben.

WAS ZU TUN IST

Betreuungsangebote für Kleinkinder ausweiten

- Vor allem im Kleinkindalter werden Betreuungsplätze gebraucht, damit Frauen bereits nach kurzer Babypause in den Beruf zurückkehren können. Das seit dem 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld, das für maximal 14 Monate bezogen werden kann, wird die Nachfrage erhöhen. Familien sind immer mehr auf außerfamiliäre Betreuungsangebote angewiesen. Die Oma, die sich zu jeder Zeit um die Enkel kümmern kann, gibt es häufig nicht mehr. Sie wohnt immer öfter weit weg oder ist selbst noch berufstätig. Doch derzeit gibt es in Baden-Württemberg nur für 10,6 Prozent der unter Dreijährigen eine Möglichkeit zur Betreuung in Krippen oder bei Tagesmüttern (Sozialministerium). Bis 2013 soll es nach einem Ausbauplan von Bund und Ländern für 35 Prozent der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot geben.

Verlässliche Betreuung in allen Altersstufen

- Um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dauerhaft zu ermöglichen ist es wichtig, dass Betreuungsangebote in allen Alterstufen ausgebaut werden. Eltern brauchen verlässliche Zusagen, dass ihre Kinder während der Arbeitszeiten und auch in den Ferienzeiten betreut werden. Dazu müssen die Öffnungszeiten der Einrichtungen mit den Arbeitszeiten der Eltern harmonisieren und flexibel sein. Auch für Schulkinder wird bis zum Ende der Schulpflicht eine verlässliche Nachmittagsbetreuung gebraucht.

Eltern müssen entscheiden können

- Selbst mit einer guten außerfamiliären Kinderbetreuung ist die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung eine Gratwanderung, bei der Eltern Unterstützung brauchen. Berufstätige Eltern müssen wie in Bayern oder Hessen individuell entscheiden können, welche Betreuung an welchem Ort in ihrem Fall die beste ist. Ob das der Wohnort ist, ob das der Arbeitsort der Mutter oder des Vaters ist, ob es vielleicht der Wohnort der Oma oder der Tagesmutter ist, die das Kind weiter betreut, das müssen die Eltern für ihren speziellen Fall regeln. Und das können auch nur die Eltern. Unternehmen haben da keine Präferenzen.

Unternehmen helfen mit

- Angesichts der Probleme sind immer mehr Unternehmen bereit, ihre Beschäftigten bei der Kinderbetreuung zu unterstützen, zum Beispiel indem sie einer betriebsnahen Kita Zuschüsse für eine bessere Abstimmung mit den betrieblichen Bedürfnissen zahlen. Die Kommunen sollten diese Angebote aufnehmen und auf die spezifischen Anforderungen von Unternehmen und ihren Beschäftigten (etwa nach längeren Öffnungszeiten oder nach der Aufnahme von Kindern, die an einem anderen Ort wohnen) flexibel eingehen.

IHK-Forderung:

Die für viele schwierige Entscheidung „Familie oder Beruf?“ sollte sich nicht mehr stellen. Bund und Länder haben beschlossen, für die Betreuung von unter Dreijährigen ab 2008 zusätzlich Geld zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung muss die Gelegenheit nutzen, das Wahlrecht der Eltern gesetzlich festzulegen. Wir plädieren für ein Gutscheinsystem, in dem Eltern bei einer zertifizierten Einrichtung oder Tagesmutter ihrer Wahl ihren Betreuungsgutschein einlösen können. Arbeitgeber können den Gutschein aufstocken, um das Angebot besser mit den betrieblichen Bedürfnissen abzustimmen. Berufstätige Eltern brauchen Unterstützung und nicht zusätzliche Hürden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.